

Die sechs kantonalen Finanzdirektorinnen vereint gegen die SVP-Familieninitiative

Medienmitteilung

Bern, 15. November 2013. Schlusspurt im Abstimmungskampf um die Familieninitiative der SVP. Der Titel der Initiative klingt verführerisch, verspricht sie doch die steuerliche Gleichbehandlung aller Familienmodelle. Ihre Auswirkungen wären aber ganz andere: Bevorzugung von Familien mit hohem Einkommen und eines Familienmodells, das heute noch rund 30% der Bevölkerung mit Kleinkindern lebt. An einer gemeinsamen Medienkonferenz zeigen die sechs kantonalen Finanzdirektorinnen aus vier verschiedenen Parteien, dass die Initiative nicht die behauptete Gleichstellung aller Familienmodelle bringt, dass sie steuersystematisch falsch und finanziell nicht tragbar ist. Zudem darf nicht sein, dass sich Arbeit nicht lohnt.

Die SVP-Familieninitiative führt zu einer starken steuerlichen Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Familienmodelle. Denn gerade um die Ungleichbehandlung zu reduzieren, haben der Bund im Jahr 2011 und davor schon viele Kantone die Abzüge für Fremdbetreuung eingeführt. Wenn zur Erzielung eines Einkommens eine Kinderbetreuung notwendig ist, dann führt diese zu entsprechenden Kosten. Diese müssen steuerlich berücksichtigt und entsprechend in Abzug gebracht werden können. Bei Eigenbetreuung hingegen entstehen keine Kosten, somit kann auch steuerlich nichts in Abzug gebracht werden. Es gibt auch keinen Pendlerabzug für Nichtpendler. Profitieren von der SVP-Familieninitiative würden vor allem Einverdiener-Familien mit hohem Einkommen. Dieses Familienmodell würde gegenüber anderen Formen wieder stark bevorzugt.

Heute befinden sich viele Kantone in einer finanziell angespannten Situation. Es werden Defizite budgetiert und schmerzhaft Sparpakete umgesetzt. In einem solchen Umfeld sind Steuerausfälle von 390 Mio. Franken beim Bund und 1 Milliarde bei Kantonen und Gemeinden nicht tragbar. Die Kantone werden die Ausfälle kompensieren müssen, mit Steuererhöhungen für alle oder indem der Fremdbetreuungsabzug stark reduziert wird. Dies würde zu Steuererhöhungen für Familien führen, welche auf ein Zweiteinkommen angewiesen sind.

Frauen sind heute gleich gut ausgebildet wie Männer, eine gute Ausbildung kostet Staat und Private viel Geld. Es ist ein volkswirtschaftlicher Unsinn, wenn die Frauen später keiner Berufstätigkeit nachgehen. Dank Kinderbetreuungseinrichtungen konnten Frauen in den letzten Jahren in den Arbeitsprozess integriert werden. Die Initiative würde diese Erfolge zunichte machen und dazu führen, dass sich viele Frauen wieder aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

Vielen Frauen wollen arbeiten, viele Frauen müssen arbeiten, um der Familie ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Erwerbsarbeit sichert Frauen auch wirtschaftlich ab, etwa im Fall einer Scheidung oder dem Hinschied des Partners und verhindert, dass sie auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

Die Initiative der SVP mit dem schönen Namen Familieninitiative ist eine Mogelpackung, es ist nicht drin, was draufsteht. Die Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren empfiehlt die Initiative ohne Gegenstimmen zur Ablehnung und die Finanzdirektorinnen unterstützen dies mit ihrem gemeinsamen Auftritt mit Nachdruck, aus steuersystematischen, finanzpolitischen, volkswirtschaftlichen und gleichstellungspolitischen Gründen.

Ursula Gut-Winterberger, Finanzdirektorin Kanton ZH, FDP

Eva Herzog, Finanzdirektorin Kanton BS, SP

Barbara Janom Steiner, Finanzdirektorin Kanton GR, BDP

Laura Sadis, Finanzdirektorin Kanton TI, FDP

Beatrice Simon, Finanzdirektorin Kanton BE, BDP

Rosmarie Widmer Gysel, Finanzdirektorin Kanton SH, SVP